

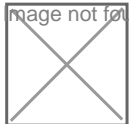
Zäsur

Mit der „Wende“ 1989 haben sich viele Bürger auch eine Demokratisierung gewünscht.

Für Leipzig bedeutet das, wieder an eine über Jahrhunderte gewachsene Bau-, Kultur- und Geistesgeschichte anzuknüpfen und geschichtliche Kontinuität wieder herzustellen. Das heißt auch, daß man Lehren aus den Diktaturen zieht und dadurch der Geschichte Gerechtigkeit widerfahren läßt. Doch wie sieht es mit diesem scheinbar einfachen Anliegen aus?

Vier Beispiele sollen abschließend den Blick auf erwartete und bisher nicht eingetretene Demokratisierungen verdeutlichen, die architektonisch relevant sind.

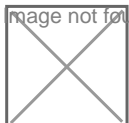
image not found or type unknown



Synagoge um 1910 (Sammlung Günter Oehmichen, Leipzig)

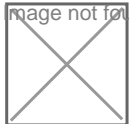
Die Synagoge hätte bei all den Milliarden an Fördergeldern vom Aufbauwerk Deutsche Einheit ohne wenn und aber, ohne Gezeter von LWB, ohne Schielen auf derzeitige Gemeindezahlen wieder aufgebaut werden können und müssen.

image not found or type unknown



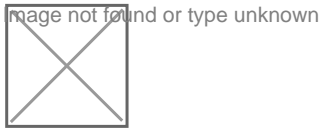
Standort Synagoge 2014

image not found or type unknown



Linksseitig gegenüber Zentralstraße 1 um 1910 (Sammlung Günter Oehmichen, Leipzig)

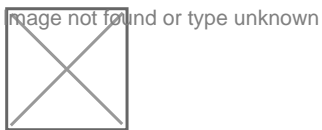
Stattdessen wird aus Steuergeldern seit Jahren gegenüber das Café Tiefensee finanziert, das diese Schande verdeutlicht.



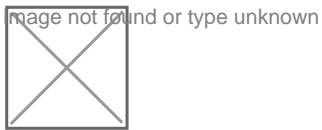
Zentralstraße 1 im Jahre 2013

Leipzig steckt voller Gedenkschilder und Alibiplaketten, die keine tatsächliche Wiedergutmachung darstellen und deshalb kein verlorengegangenes städtisches Leben erneuern. Auch die Geschehnisse der zweiten deutschen Diktatur werden durch anonyme Verallgemeinerung nur verschlimmbessert.

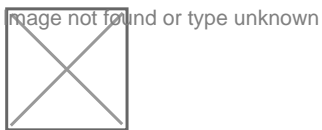
Die Situation Leipzigs wird in der fehlenden Handlungstätigkeit der Stadtverwaltung symptomatisch symbolisiert durch das Hirzelhaus.



Hirzelhaus 1902



Vergleichsfoto Standort 2014

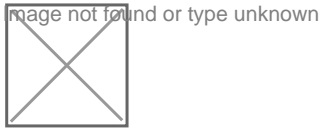


Detail: Das Loch 2014

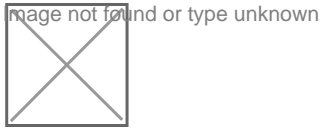
Wenn eine Stadtverwaltung jahrelang untätig ist, stellen sich Fragen: Womit und wer befaßt sich dann mit welchen Immobilien? Welche Partner zog und zieht sich eine derartige Stadtverwaltung an Land? Auf welchem Niveau läuft das Ganze, wenn man es offensichtlich nur zudeckeln will?

Ein drittes Beispiel mag ebenso nachdenklich stimmen. Denn als vor über 20 Jahren potentielle „Investoren“ händereibend auf den Tribünen der Stadtratsversammlung die Beschlüsse der Abgeordneten mitverfolgten,

schien der „Aufschwung Ost“ greifbar nahe. Hier zunächst ein Blick in die Königstraße 6:

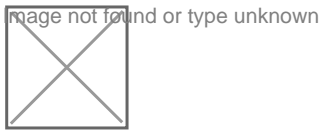


Königstraße 6 um 1910

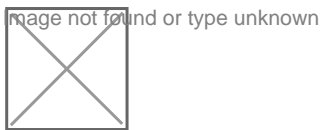


Königstraße 10 im Jahre 2014. (Hier fand Weihnachten 1900 wahrscheinlich u.a. Lenin bei seinem Leipzig-Aufenthalt Herberge in der zweiten Etage über der Konservengroßhandlung von E. Große.)

Glücklicherweise ist bisher noch kein „Hotel am Gewandhaus“ gebaut worden. Damals war das Mendelssohn-Haus noch nicht saniert. Vermutlich wäre es auch so eine Betonkiste geworden – wie vieles andere aus den geleerten Schubladen bundesdeutscher Architekten der 1960er bis 1980er Jahre nachholend nach Leipzig floß. Doch bis das Flair der ehemaligen Königstraße wieder aufgenommen werden kann, wird es wahrscheinlich etliche Jahre dauern. Im gleichen Atemzug ist eine der Attraktionen vom gleichen „Investor“ zu nennen.

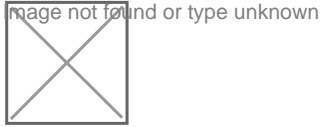


Crystallpalast um 1900

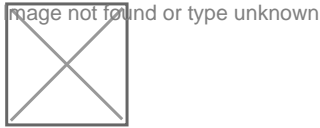


Oberer Theatersaal um 1915

Die Gesamtanlage des Kristallpalastes umfaßte im Jahre 1900 mit der Alberthalle sowie weiteren Sälen und Restaurants bereits eine Platzkapazität für insgesamt 15000 Besucher. Die kriegsbeschädigten Reste wurden zu DDR-Zeiten als „Haus der heiteren Muse“ wieder hergerichtet. Seit der unaufgeklärten „Warmisanierung“ am 8. Oktober 1992 zeigt sich der Aufschwung Ost dem Leipziger Bürger und seinen Gästen so.



Wintergartenstraße 2014



Blick auf das Gelände des Kristallpalastes 2014

Das Beispiel Leipzig verdeutlicht in besonderer Weise, daß Architekturfolgen deutscher Diktaturen keineswegs überwunden sind, sondern höchst aktuell weiter Schaden anrichten.

Die Ursachen liegen wie nach 1945 darin, daß man zum Teil sehr naiv Hinweisen zu Fehlentwicklungen und Verbrechen nicht nachgeht. Wenn man sich zudem nicht mit Aufklärung und Aufarbeitung gemeinsam mit den Bürgern immun dagegen macht, findet die Diktatur neue Nährböden. Der Sumpf zieht weiteres nach sich. Wenn Prinzipien der Sorgfalt, des Anstandes sowie eines Kultur- und Bildungsniveaus außer acht gelassen werden, wenn Ethik und Moral hinter oberflächlichem Rollenspiel verschwinden und „Hundehochzeitsreden“ Konjunktur haben, dann geschieht das, was wir in zahlreichen Abbildungen gesehen haben. Schlechte Architektur und schlechte bzw. unhaltbare Zustände werden schöngeredet.

Eine hochgerüstete und bestens aufgestellte Kader(Personal)organisation der DDR-Auslandsspionage wählte sehr genau aus, wer als DDR-Sympathisant nicht erst nach 1989 in den Osten gelockt und benutzt werden konnte. HV-A-Leute mockierten sich über langweilige Vorlesungen von Prof. Kurt Biedenkopf ab Frühjahr 1989, die dann in eine Gastprofessur an der „Karl-Marx-Universität“ Leipzig mündete. Dadurch erreichte die stasibelastete Sektion der Wirtschaftswissenschaften später, daß sie nicht abgewickelt wurde. Die SED-Genossin Uta Nickel, die sich als letzte DDR-Finanzministerin auch mit Raubkunstgeschäften zu befassen hatte, stellte auch Weichen sowohl für Prof. Kurt Biedenkopf als auch für die tschekistischen „Netzwerker“ mit Folgeaufträgen. Mehrstellige Millionenschäden (u.a. „Paunsdorf-Center“) entstanden somit für den Freistaat Sachsen und damit dem Steuerzahler.

Die legendierten Genossen konnten mit Eloquenz die Leichtgläubigkeit und Uninformiertheit ihrer Partner bzw. Opfer nutzen. Schließlich hatten sie im Verhaltenstraining eingeübt, Jedem zuvorkommend, interessiert und damit gewinnend unverdächtig zu begegnen und diese mit dem „alles zersetzenden Gift der Freundlichkeit“ als „lupenreine Demokraten“ hinters Licht zu führen.

Langjährige Immobilienkriminalität im Leipziger Rathaus ist kein Zufall, sondern strategisches Kalkül. Sie ist ein erheblicher Teil im Sumpf des strategischen angelegten Gefüges (vom Rechtsträgerwechsel ab 1990, über Abriß und bis zu Tiefbauprojekten). Um fragwürdige Großprojekte zu inszenieren, braucht es keine

Mehrheiten, sondern ein geschicktes verwaltungstechnisches Vorgehen, um potentiellen Entscheidern und Bürgern „einen Floh ins Ohr zu setzen“. Dazu wurden entsprechende neue und alte Kräfte eingebunden. Wer sich diesem entzog, für den gab und gibt ja genug Möglichkeiten, einen Vorgang auf die lange Bank zu schieben, ganz verschwinden zu lassen oder diesen ggf. aus Leipzig zu vergraulen, Zwangsmaßnahmen inbegriffen (s. Vorwort).

Stasi und Generalbundesanwaltschaft einträchtig zusammen - wer hätte sich das denken können? Die Vorgängerin von Generalbundesanwalt Harald Range wollte nichts mit der hier angeschnittenen Materie zu tun haben und ließ sich aber von hochrangigen Perspektivkadern vereinnahmen.

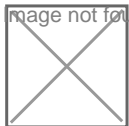
Am 2. Dezember 2014 will sie – am gleichen Tag wie 2009 – dort feiern zusammen mit Spitzeln wie Dr. Volker Külow (alias IM „Ostap“ und IM „Bernau“). Als Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit wird er weiter mit Steuergeldern im Sächsischen Landtag ausgehalten und fühlt sich als Alumnus sogar angesprochen, einen Stuhl für diese „Betonkiste“ (Bezeichnung des Architekten) zu „sponsern“.

Wir wir gesehen haben, ging es der Leipziger Universitätsleitung bei der Inanspruchnahme von Fördergeldern (derzeit bei 250 Millionen Euro liegend) definitiv nicht um die Erinnerung an die Paulinerkirche. Sie hätte gern einen bereits prämierten „Gasherd“ bauen lassen. Viel mehr hat die staatlich finanzierte Universitätsleitung Steuergelder dafür eingesetzt, um nachweislich mit Lügen Wissens- und Bildungsunterdrückung (Untätigkeitsklage, VGL AZ: 4K576/09) durchzusetzen, statt Wissenschaftsfreiheit zu gewährleisten und eine seriöse Planung zu ermöglichen.

Abgesehen von dem Ansehensverlust für die Universität Leipzig, sich die Initiativen von Nobelpreisträgern, namhaften Persönlichkeiten und vielen Bürger nicht zu Herzen zu nehmen, geht es hier nicht um „Sprengung“ oder „Sühne“, sondern ganz einfach wie auch bei den anderen gezeigten städtebaulichen Beispielen um Dimensionen von kulturellen, geistigen und ethischen Werten, die die SED und ihre Vasallen beseitigen wollten.

Solange die Universität Leipzig nicht einmal den Anschein hat, geschichtliche Kontinuität herzustellen, wird sie auch keine Zukunft haben.

image not found or type unknown



Chor der Pauliner Kirche- , vor 1880

Martin Luther weihte die Paulinerkirche am 12. August 1545 als erste deutsche Universitätskirche.

Unter dem Dirigat der Komponisten führten hier Johann Sebastian Bach, Felix Mendelssohn Bartholdy, Max Reger und viele viele andere ihre Werke erstmals auf. Über die Jahrhunderte entwickelte sich hier deutsche und internationale Wissenschafts-, Geistes- und Kulturgeschichte.

Allein die Ehrfurcht vor den Altvorderen und deren Leistungen, die heute weltweit anerkannt sind, gebietet, daß man sich nur bemühen kann und muß, deren Werk zu pflegen und ihrem Sinne wirkend Neues zu erschaffen.

Erst wenn die 800 Persönlichkeiten, die in der Paulinerkirche begraben waren, ihrer Anonymität entrissen und individuell gewürdigt werden, und erst wenn die SED-Verbrechen vollständig aufgeklärt sind, das Raubgut wieder an seinen Ort zurückkommt, wird die Universität Leipzig ihrer historischen Verantwortung gerecht. Deshalb kündigt das „Paulügium“ mit seinem Verfallsdatum vom Fehlen der Leipziger Universitätskirche St. Pauli und von einer nicht überwundenen Diktatur.

Wer sich bereits im Ansatz über die Historie stellt, hat bereits verloren. Wer vermeint, daß die Sonne hell aus dem Norden scheinen kann, ist entweder ein Dummkopf, ein Lügner oder ein Verbrecher.

Wenn also an der Universität Leipzig gespart werden soll, dann wohl bei denjenigen, die an der umfassenden Kulturvernichtung beteiligt waren und die somit staatschädigend agieren. Änderungen sind angebracht, wo Verhandlung hinter verschlossenen Türen über der Wissenschaftsfreiheit steht, wo die Studierenden an der Nase herumgeführt werden. Einen Sumpf kann man nur von außen trockenlegen, wenn man nicht hineingezogen werden will. Es ist höchste Zeit, der übergreifenden Zusammenhänge gewahr zu werden und vom Bund analog zum NSU-Prozeß gründliche Prüfungen einzuleiten. Durch personelle Erneuerung müssen die eingetretenen Schäden der Diktaturfolgen genauestens untersucht werden. Nur so kann weiterer Schaden vom Volk und der Bundesrepublik Deutschland genommen werden. Dies wäre ein überfälliger Schritt der Vertrauensbildung in staatliches Handeln nach zwei menschenverachtenden Diktaturen.